Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Schriftleiter: Felix Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fern. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 29

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3.40 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 10.20 Mk., monatlich 3.40 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 11.40 Mk., monatlich 3.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größerem Abschlusse entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 121 — Sonnabend, den 29. Mai 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die deutschen Entschädigungsforderungen für die durch die französische Besetzung im Maingau verursachten Schäden sind gestern nach Paris abgegangen. Sie lauten auf 9¼ Millionen Mark.

Präsident Wilson hat gegen die kürzlich auch vom Repräsentantenhause angenommene republikanische Entschließung zugunsten eines Sonderfriedens mit Deutschland und Oesterreich sein Veto eingelegt.

Die Times melden aus Warschau: Kongreßpolen wurde am 26. Mai mittag als Kriegsgefahrzone erklärt.

Nach einer Meldung aus Warschau verlautet in politischen Kreisen, daß die polnische Regierung der Sowjetregierung ein neues Friedensangebot gemacht habe.

Am 27. Mai proklamierte die lettische Nationalversammlung einstimmig Lettland als unabhängigen Staat auf demokratischer Grundlage.

Das deutsche Transportwesen.

W. W. Zu den Gebieten unserer ständigen Sorge gehört das Verkehrswesen. Die Gefahr, daß die elftägige Verkehrssperre vom letzten November wiederholt werden müsse, scheint behoben. Es wäre aber falsch, aus der fraglos eingetretenen kleinen Besserung folgern zu wollen, daß es nun mit dem Eisenbahnwesen stetig bergauf gehe. Die Ansprüche an die Eisenbahnen haben sich in den letzten Wochen erheblich verstärkt. Die gesamte mitteldeutsche Binnenschiffahrt und die sonst von den Flußdampfern und Schleppkähnen bewältigten Frachten müssen nun auch noch von der Eisenbahn geleistet werden. Auch der allgemeine Werftstreik in Hamburg wird dazu beitragen, daß wir im Verkehrswesen nur recht langsam zu besseren Zuständen gelangen. Die unbedingt erforderlichen Neubauten für Fahrzeuge der Binnenschiffahrt erfahren eben durch den Hamburger Streik einen fast völligen Stillstand. Da uns der Friedensvertrag die regelmäßige Ablieferung von jährlich 200 000 Tonnen Seeschiffsraum auferlegt, sind die zurzeit in Betrieb befindlichen deutschen Werften vollauf mit der Fertigstellung dieser Schiffe und mit der gleichfalls dringend notwendigen Ergänzung unserer Hochseefischerflotte beschäftigt.

Ende des vergangenen Winters wurde die Oeffentlichkeit auf den geradezu kläglichen Zustand der Arbeitsleistung in den staatlichen Eisenbahnwerkstätten aufmerksam. Der damalige preußische Verkehrsminister Oesez sah sich genötigt, eine ganze Reihe von unrentablen Werkstätten zu schließen und sie auf neuer Grundlage, d. h. auf ungeschmälerter 8-Stunden-Arbeit und Akkordlohn, wieder zu eröffnen. Inzwischen sind die Eisenbahnen in den Besitz des Reiches übergegangen. Aber auch heute sind die Leistungen der Betriebswerkstätten keineswegs ausreichend. Immer noch beläuft sich der Satz kranker Maschinen auf rund 45 Prozent gegenüber noch nicht 20 Prozent vor dem Kriege. Für eine reibungslose Durchführung des Eisenbahnverkehrs fehlen uns noch immer gegen 1000 betriebsfähige Lokomotiven. Trotz Ablieferung von je 40 Lokomotiven aus Reichs- und Privatwerkstätten in den letzten Wochen hat sich der Lokomotivbestand noch nicht um die Hälfte dieser Ziffer vermehrt, ein Beweis dafür, daß es immer noch nicht gelungen ist, die Reparaturarbeiten in den Werkstätten dem Eingang reparaturbedürftiger Maschinen anzupassen.

Der Bahnreisende konnte in den letzten Monaten eine gewisse Besserung im Zugverkehr feststellen. Die Züge fahren jetzt ziemlich regelmäßig ab und treffen sogar häufig um einige Minuten früher, als im Fahrplan ausgewiesen wird, auf den Endbahnhöfen ein. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Fahrtgeschwindigkeit gegenüber früher ganz erheblich herabgemindert wurde. Die Züge brauchen heute durchschnittlich fast 50 Prozent mehr Zeit als früher zur Zurücklegung derselben Strecke. Der bahntechnische Fortschritt der Vorkriegszeit ist fast restlos aufgezehrt worden; es wird noch geraume Zeit dauern, bis der frühere Stand wieder erreicht sein wird. Die Kohlenbelieferung der Bahnen ist, was die Menge betrifft, besser geworden; die Beschaffenheit der Kohle läßt aber nach wie vor zu wünschen übrig. Es ist in der Kohlenfrage wie im Verkehrswesen, nicht nur die Mehrarbeit, sondern auch die bessere Arbeit ist es, was uns not tut. Hier muß von allen verantwortungsfähigen Organen mit Entschiedenheit auf das arbeitende Volk eingewirkt werden. Gerade die Berufsverbände sind hervorragend geeignet, ihre Mitglieder zu hochwertiger Arbeit anzuspornen, ohne daß ein formaler Zwang nach dieser Richtung ausgeübt wird.

Französische Gegensätze.

B. N. Die Meldung der Agentur Havas, wonach sich Millerand bereit erklärte, in der Kammer in Beantwortung einer Interpellation über die Frage der Festsetzung der deutschen Entschädigung den gewünschten Aufschluß zu geben wurde gleichzeitig in bemerkenswerter Weise durch die fernere Mitteilung ergänzt, daß der frühere Präsident und jetzige Senator Poincare entschlossen sei, in offene Opposition gegen das Kabinett Millerand zu treten. Es sollen sich um Poincare auch schon zahlreiche Parlamentarier geschart haben, die mit Ungeduld auf das Ende der Regierung Millerand warten. Wer es versteht, zwischen den Zeilen zu lesen, entnimmt daraus die Erkenntnis, daß in Frankreich der Kampf um die Frage der Revision des Versailler Friedens in die entscheidende Phase getreten ist. Natürlich sind diese und die etwa noch kommenden Vorgänge auch für uns in Deutschland von größter Bedeutung. Darüber hinaus soll jetzt aber in Frankreich Klarheit geschaffen werden, in welcher Richtung sich die künftige Politik auf dem ganzen europäischen Kontinent entwickeln soll. Ein lebensfähiges oder ein dauernd ohnmächtiges Deutschland — das ist das Problem mit dem eine gesunde europäische Politik heute mehr denn je steht und fällt, und wir wissen von Poincare daß er einer der schärfsten Vertreter der These von der Verewigung der Ohnmacht Deutschlands ist. Die ganze Frage ist selbstverständlich mit der jetzigen Entschließung der französischen Kammer nicht zum Abschluß gelangt, sondern sie bleibt weiter in Fluß. Was zu der französischen Vernichtungspolitik zu sagen ist, haben wir in der deutschen Presse hunderte von Malen gelesen, und heute wie bisher bleibt die unerschütterliche Tatsache bestehen, daß die Zukunft des ganzen europäischen Weltteils abhängig ist von der Zukunft Deutschlands. Unsere Hoffnung geht dahin, daß die Einflüsse, die sich in der letzten Zeit in wachsendem Umfange gegen die französische Politik geltend gemacht haben, mehr und mehr zum Durchbruch gelangen. Der Glaube scheint berechtigt, daß man in Italien die gegen Frankreich gerichtete Tendenz der äußeren Politik bis auf weiteres beibehalten wird, und was England anlangt, so hat der frühere Staatssekretär Sir Trevelyan zu dem sächsischen Finanzminister Dr. Reinhold unmittelbar vor dem Kapp-Putsch geäußert, in seiner Heimat ginge die Debatte nicht mehr dahin, ob, sondern wie der Versailler Friede der wahren Sachlage besser anzupassen sei. Es ist vielleicht begreiflich, daß man sich in Frankreich bis zum äußersten der Sprache der nüchternen Wirklichkeit verschließt, aber es ist ebenso sicher, daß dieser Widerstand eines Tages überwunden werden muß.

Die verführten Schwarzen!

Eine Unverschämtheit.

Auf die deutsche Protestnote gegen das schamlose Verhalten der schwarzen Besatzungstruppen in Westdeutschland hat die französische Regierung nun geantwortet. Von dieser Antwortnote wird von vornherein niemand viel oder kaum etwas anders als die kühle Zusage einer nicht aufschiebbaren Untersuchung erwartet haben. Aber selbst zu diesen unverbindlichen Worten über die europäische Kulturschande hat sich das ritterliche Frankreich nicht herabgelassen. Es findet es viel einfacher und leichter, den Spieß umzukehren. Hören wir, wie seine Antwort lautet! In der französischen Note heißt es:

Zweifelsohne hofft die deutsche Regierung durch diese Kampagne die Erinnerung an die durch ihre Offiziere und Soldaten begangenen Grausamkeiten im Kriege (!), deren Ahndung sie niemals unternommen hat, aus der Welt zu schaffen. Die französische Regierung wendet sich mit aller Energie gegen die lügnerischen (!) Anklagen gegen die Eingeborenentruppen, die Frankreich mit einer Treue und Hingabe dienen, für die es ihnen dankbar ist! Es macht keinen Unterschied zwischen weißen und Kolonialtruppen, deren Anwesenheit auf französischem Gebiet nie auch nur zu einer Klage oder Ruhestörung Anlaß gegeben hat. Die Behauptungen der deutschen Presse, die Herr Köster in seiner Rede sich zu eigen machen zu müssen geglaubt hat, entspringen offenkundiger Böswilligkeit. (!) Die Effektivstärke der Rheinarmee verzeichnet bei einer Gesamtstärke von 85 000 Mann nur 23 400 Eingeborene, nicht 60 000 Mann, von denen 7490 schwarze Truppen (Senegalesen und Madagassen) und 15 950 algerische und marokkanische Schützen sind. In den Kolonialregimentern finden sich zudem 20 Prozent Europäer. Die farbigen Truppen geben das Beispiel einer vollendeten Disziplin. (!) Sie bewahren außerhalb des Dienstes gegenüber der Zivilbevölkerung die allerkorrekteste Haltung, und es wäre ein Leichtes, bei der Einwohnerschaft zahlreiche Zeugnisse einzuholen über das gute Einvernehmen, das sich zwischen ihnen und den meisten Eingeborenen herausgebildet hat. Einzelne Zwischenfälle sind schwerstens bestraft worden. Die Sittlichkeitsverbrechen ganz besonders, die von den Kriegsgerichten mit äußerster Härte geahndet worden sind, sind im Verhältnis zur Truppenstärke relativ selten gewesen. Nebenbei sei nur bemerkt, daß die Eingeborenentruppe vorzüglich Gegenstand der Wertschätzung und Huldigungen leichtfertiger Frauen (!) sind, gegen deren Sittenlosigkeit und gefährliche Besuche man sie hat schützen müssen. Viele deutsche Familien haben die skandalöse Haltung gewisser deutscher Frauen gegenüber den Schwarzen übel vermerkt. Im Augenblick, wo unsere Truppen das deutsche Gebiet betreten haben, ist der Gesundheitsdienst der Armee von den Lokalbehörden auf die weite Verbreitung der Geschlechtskrankheiten unter den Einwohnern (!) und auf die Gefahren, die sich daraus für unsere Soldaten ergeben, hingewiesen worden. Die gleiche Warnung hat die deutsche Gemeindebehörde beim Einzuge der französischen Truppen in Frankfurt erteilt. Im übrigen hat es den Anschein, daß die gegen die Anwesenheit schwarzer Truppen erhobenen Klagen nicht von der rheinischen Bevölkerung ausgehen, sondern von solchen Publizisten, die ein Interesse daran haben, aus dieser Angelegenheit Kapital zu schlagen zugunsten eines Feldzuges gegen die alliierte Besetzung und gegen die Ausführung des Vertrages.

Wenn die französische Regierung glaubt, mit platten skrupellosen Ableugnungen der zahlreichen ungeheuerlichen Tatsachen die furchtbare Kulturschande aus der Welt schaffen zu können, so wird sie sich darin täuschen. Sogar das aufs neue aufgewärmte Märchen von deutschen Grausamkeiten hat seine Zugkraft verloren; denn auch die Neutralen sehen die Haltlosigkeit der französischen Ableugnung ein. So bemerkt Stockholm Dagbladet: Gegenüber den ohne Vorbehalt gegebenen Versicherungen über das korrekte Auftreten der schwarzen Truppen kann daran erinnert werden, daß Staatsminister Branting kürzlich auf einer öffentlichen Versammlung erklärt hat, die Untersuchung habe bewiesen, daß an den Nachrichten über die Untaten von Negersoldaten allzu viel Wahres sei.

Kleine politische Meldungen.

Sicherheitsmaßnahmen für die Wahlen. Der Reichswehrminister gab Anordnung, daß die Reichswehr am Tage der Reichstagswahlen zur Verfügung der Zivilbehörde steht, um die Sicherheit des Wahlaktes zu verbürgen. Eine gleiche Anordnung in Preußen ist vom Minister des Innern an die polizeilichen Sicherheitswehren ergangen.

Hannoversche Separatisten. Der sozialdemokratische Volkswille in Hannover beginnt mit der Veröffentlichung von Urkunden über weitgehende militärische Vorbereitungen der Welfenpartei, die mit unverkennbar monarchischer Tendenz die Ausrufung eines selbständigen Staates Hannover bezweckt haben sollen.

Die Kosten der Besetzung Frankfurts. Der Temps meldet, daß die französischen Forderungen an Deutschland auf Erstattung der Kosten für die 41tägige Besetzung Frankfurts und des Mainlaues in Höhe von 28,25 Millionen Franken dem Alliierten-Rat zugegangen sind. Sobald sie dort eingetroffen sind, wird ihre Weiterleitung an die deutsche Regierung erfolgen.

Foch droht mit seinem Rücktritt. Nach einer Meldung aus Paris ist Marschall Foch zur Teilnahme an der Konferenz in Spa eingeladen worden. Es verlautet, daß Foch seinen Rücktritt angedroht hat für den Fall, daß die militärischen Sicherheitsbestimmungen des Versailler Vertrages fallen gelassen werden sollen.

Der nationale Block Poincares. Der Temps meldet: Unter Leitung Poincares bereitet sich eine Aktion des nationalen Blocks in der Kammer vor, der weitere finanzielle und wirtschaftliche Zugeständnisse an Deutschland in der Frage des Versailler Friedens für Frankreich als unannehmbar erklären will. Da der nationale Block über die Mehrheit in der Kammer verfügt, würde der Vorstoß die Bindung der französischen Regierung auf ein Mindestprogramm gegenüber den Deutschen in Spa zur unmittelbaren Folge haben müssen.

Die Präsidentenwahl in Tschechien. In gemeinsamer Sitzung der beiden Kammern der Nationalversammlung der tschechoslowakischen Republik wurde die Wahl des Präsidenten der Republik vorgenommen. Es wurden insgesamt 417 gültige Stimmzettel abgegeben, von denen 284 auf Dr. Masaryk lauteten. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren hatten leere Stimmzettel abgegeben. Dr. Masaryk ist somit gewählt.

Ein polnischer Hilferuf. Das Petit Journal meldet, die polnische Regierung habe an Frankreich ein Telegramm gerichtet, das den Ernst der Lage der polnischen Armee mitteile und um Entsendung namhafter französischer Hilfstruppen ersuche, da sonst die Gefahr einer völligen militärischen Niederlage Polens bestehe.

Volksabstimmung in Westungarn. Der Wiener Korrespondent eines Budapester Blattes will aus Wiener Ententekreisen erfahren haben, daß die Wiedergutmachungskommission die österreichische Regierung bewegen möchte, zuzustimmen, daß in Westungarn sechs Monate nach Räumung des westungarischen Gebietes die Bevölkerung im Wege einer Volksabstimmung selbstentscheiden möge, ob sie zu Ungarn oder zu Oesterreich gehören wolle.

Eine Wahlrede des Finanzministers Dr. Reinhold.

Der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold führte in einer Wahlversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Blasewitz bei Dresden aus, daß alles getan werden müsse, um den Staatsbankerott zu verhindern. Es muß gelingen, in Spa Bedingungen durchzusetzen, die wir noch erfüllen können. Das Gefühl, daß wir nur für unsere Feinde zu arbeiten hätten, müssen wir beseitigen. Die Reichsregierung ist fest entschlossen, diesem Gedanken zum Siege zu verhelfen. Wir müssen uns ferner daran gewöhnen, in ein anderes Verhältnis zum Arbeiter zu kommen. Gleichzeitig aber muß die veraltete Klassenkampftheorie aufgegeben werden. Aber auch in der Arbeiterschaft muß der Gedanke durchdringen, daß es im Interesse des Landes unerläßlich ist, die Arbeitszeit wieder zu verlängern. Das ungeheure Defizit der Reichseisenbahn